

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
04.11.2025

Sitzungsbeginn: 16:34 Uhr
Sitzungsende: 19:17 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ausschussvorsitzende **Gabriele Perl** begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit **7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern** fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Perl gibt an, dass der TOP 6.5 von der Tagesordnung genommen wird.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Tagesordnung wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2025

Es liegen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge vor.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift vom 02.09.2025 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Die Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am 02.09.2025 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden sind.

5 Einwohnerfragestunde

Der Verwaltung liegen keine Anfragen vor. Aus der Sitzung heraus wurden keine Anfragen gestellt.

Herr Stadtrat Kaßner nimmt ab 16:37 Uhr an der Sitzung teil, somit sind **8 stimmberechtigte Mitglieder** anwesend.

6 Beschlussfassungen

6.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre Vorlage: BV/290/2025/II-20

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, führt anhand einer Power-Point-Präsentation in den TOP ein. Die Präsentation wird als Anlage 1 beigelegt.

Frau Stadträtin Neumann erfragt, warum bisher nur der Abriss der Regenbogenschule aufgeführt wird und die Kosten dafür im Haushaltskonsolidierungskonzept berücksichtigt werden. **Herr Kuras** erläutert die Zahlen und gibt an, dass auch die Gesamtkosten für den Abriss und dem Neubau aufgeführt werden. **Herr Stadtrat Kaßner** möchte wissen, ob auch andere Firmen zur Nutzung der Software in Schulen bedacht wurden, die Gesamt- bzw. Mehrkosten für das Schülerticket im nächsten Jahr, die Kosten der Gastschulbeiträge und die Kosten zur Sanierung der Anhalt-Arena. Außerdem richtet er die Bitte an die Stadträte zur Priorisierung der Pestalozzischule in den Haushaltsberatungen. **Herr Kuras** teilt mit, dass die Software sehr lang inhaltlich diskutiert wurde und die Schulen die Wahl getroffen haben. Das Thema Gastschulbeiträge ist auslaufend. Es werden aktuell noch Kosten für Schüler die in diesem Jahr gestartet sind sowie für diesjährige Auszubildende eingenommen. Die Kosten für die Jahreskarten der Schüler wurden im letzten Jahr mit 723.000 € beziffert, welche sich im nächsten Jahr auf 1.035.000 € erhöhen. **Frau Ausschussvorsitzende Perl** hat Fragen zum Start-Chancen-Programm in Verbindung mit multifunktionalen Teams. **Herr Kuras** gibt an, dass es sich eher um eine Projektarbeit für Menschen ohne pädagogische Ausbildung handelt. Als Beispiel nennt er die Museumspädagogik oder Theaterpädagogik.

Herr Zeller, sachkundiger Einwohner, pflichtet den Aussagen von Herrn Kaßner bei und möchte die Pestalozzischule in Bezug auf die Sanierung des Sportplatzes SV Stahlbau priorisieren. Er regt an, dass andere Bezugsquellen zur Sanierung gefunden werden müssten. **Frau Stadträtin Neumann** erläutert, dass Gruppen von Fachkräften aus Lehrern, Sonderpädagogen und Schulsozialarbeiter bestehen.

Frau Stadträtin Brösner hinterfragt, ob Einsparungen für die Schulsozialarbeit geplant sind. **Herr Kuras** informiert, dass diese von der Jugendhilfe abgebildet werden. Momentan gibt es an 25 Schulen einen Schulsozialarbeiter. Ihm sind keine Einsparungen bekannt. **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, erläutert, dass ein wesentlicher Teil ab 2028 noch nicht finanziell abgesichert ist und deshalb jetzt die Bemühungen stattfinden. Die Integration von Schulsozialarbeit in den multifunktionalen Teams wird mit gewissen Bedenken angesehen. Wichtig wird es weiterhin sein, dass die Schulsozialarbeit autark von den jeweiligen Schulleitungen agieren kann.

Frau Paesold, Amtsleiterin für Soziales und Integration erläutert den Haushalt des Amtes und die Auswirkungen der Beschlüsse des Bundesrates auf die Haushaltsansätze für 2026. Es wird keine Anhebung der Regelbedarfe im SGB II und SGB XII geben. Es wird darauf hingewiesen, dass der Aufenthaltsstatus für ukrainische Schutzsuchende bis 2027 verlängert wurde, was zu stabilen Zahlen führen könnte. Der Bereich der Hilfe zur Unterkunft wird ebenfalls angepasst und ein Konsolidierungsauftrag wurde erfüllt. Die Gebührensatzung für die Unterbringung von wohnungslosen Personen wird ebenfalls angepasst. Der Vergleich mit anderen

Städten zeigt, dass Dessau-Roßlau weniger Plätze für wohnungslose Personen hat. Für das Wohngeld und Elterngeld gibt es keine signifikanten Änderungen. Die Situation der Schuldnerberatung wird ebenfalls angesprochen, da es nur noch zwei Beratungsstellen in der Stadt gibt und keine Insolvenzberatung. **Frau Stadträtin Brösner** erfragt, ob die Kosten der Unterkunft erhöht werden. **Frau Paesold** berichtet über den Mietspiegel in Dessau-Roßlau. Ein Konsens zwischen Wohnungsunternehmen, Mieterbund und Haus und Grund wurde erzielt, um Wohnlagen in den Mietspiegel einzuarbeiten. Der Mietspiegel wird ab 1.1.2026 fortgeschrieben, die Beschlussvorlage dazu wird im Januar vorgestellt. Es wird nur eine zweiprozentige Steigerung beim durchschnittlichen Mietpreis erwartet. Die Empfänger von Sozialleistungen werden so gestellt, dass die Preissteigerung sozusagen nicht ihnen obliegt, sondern nur das Verbrauchsverhalten und dass im Prinzip dann die Möglichkeit zur Übernahme der Kosten für die Heizung auch gegeben ist. Das zieht sich natürlich dieses Jahr und wahrscheinlich auch noch nächstes Jahr hin. Man sieht dies an den Abrechnungen. Es wird vorgeschlagen, dass der Heizspiegel auch wieder zur vollen Anwendung hinsichtlich der Betragswerte, die im Heizspiegel ausgewiesen sind, bemessen wird. Es gibt wenige Leistungsberechtigte, welche wirklich aufgrund ihres Verbrauchsverhaltens von uns jetzt Kürzungen erfahren könnten. Zudem wird der Heizspiegel angepasst, um die Nettokaltmiete und Betriebskosten korrekt abzubilden. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird ebenfalls im Januar erstellt.

Frau Erxleben, Leiterin des Gesundheitsamtes, Veterinärwesen und Verbraucherschutzes führt in das Haushaltskonsolidierungskonzept ein. Sie berichtet die Veterinäraufsicht und Lebensmittelüberwachung. Es wird geprüft, ob Erträge zur Haushaltskonsolidierung erhöht werden können. Für das Tierheim sind 315.000 € Zuschuss vorgesehen, um die Tierversorgung zu sichern. Die Kapazitäten sind aufgrund gestiegener Tierschutzfälle angespannt. Die Betreuungsbehörde hat seit 2024 zusätzliche Aufgaben und betreut derzeit 17 Personen. Im öffentlichen Gesundheitsdienst finden Schuluntersuchungen und Hygieneüberwachungen statt. Die Kosten bei der Schädlingsbekämpfung steigen, da oft keine Eigentümer für die Beseitigung zuständig sind.

Herr Stadtrat Kaßner erfragt die Zuständigkeit vom Tierheim in dem Amt und möchte wissen, warum die Igelhilfe nur über einen privaten Verein bzw. eine private Initiative stattfinden kann. Da sich die Kosten für die Igelhilfe bei Weitem nicht mit den Zuschüssen decken. **Frau Erxleben** gibt an, dass der Amtstierarztbereich für den Tierschutz von haltungspflichtigen Tieren, also Tiere, die entsprechend gehalten werden, zuständig ist. Für den Wildtierschutz wäre dann das Umweltamt zuständig. Das Tierheim ist im Amt 53 ansässig, weil eine Pflicht nach dem Tierschutzgesetz besteht. Wenn sie Tiere entnehmen, auch entsprechend wieder unterzubringen, das heißt also, sie brauchen auch eine Unterbringungsmöglichkeit, und das ist eben sehr unterschiedlich geregelt. Manche Städte haben ein eigenes Tierheim, auch in der Bewirtschaftung, wir haben das Tierheim zwar irgendwann mal gebaut als Stadt, aber dann eben weiter verpachtet an den Tierschutzverein, und der kümmert sich dann eben für diese Entgegennahme der Tiere. **Frau Stadträtin Neumann** möchte wissen, ob es in dem Tierheim zu irgendwelchen Engpässen kam.

Frau Erxleben informiert über den Kontakt zum Tierschutzverein und die Planung im Tierheim. Plötzliche Entnahmen, wie z.B. 20 Katzen, können zu Überforderung und Zusatzkosten führen. 2024 wurden Fehlbeträge mit der Kämmerei ausgeglichen.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5:0:3

6.2 Haushaltssatzung 2026, Haushaltsplan 2026, Stellenplan 2026 Vorlage: BV/289/2025/II-20

Der TOP 6.2 wurde zusammen mit dem TOP 6.1 behandelt.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5:0:3

6.3 Einvernehmen des Schulträgers zur beantragten Umwandlung der Sekundarschule am Schillerpark in eine Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2026/2027 Vorlage: BV/273/2025/IV-40

Herr Kuras führt in den TOP anhand einer Power-Point-Präsentation ein. Diese wird als Anlage 2 geführt.

Frau Ausschussvorsitzende Perl beantragt das Rederecht für **Herrn Stopperka, Schulleiter der Sekundarschule am Schillerpark**. Dem Antrag wird stattgegeben. **Herr Stopperka**, erläutert die Umwandlung der Schule in eine Gemeinschaftsschule, um den Eltern mehr Zeit für die Wahl des Abschlusses zu geben. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht bis Klasse 8 gemeinsames Lernen ohne

Unterscheidung nach Bildungsgängen. Ab Klasse 9 erfolgt die gezielte Vorbereitung auf den Schulabschluss. Vorteile sind ein stabileres soziales Umfeld für Schüler, mehr Einfluss für Eltern auf Bildungswege und moderne Unterrichtsangebote. Die Schule wird mindestens zweizügig geführt und trägt zu einem besseren Bildungsangebot in der Stadt bei. **Frau Stadträtin Neumann** möchte wissen, ob auch Gespräche mit anderen Gymnasien im Stadtgebiet geführt wurden. **Herr Stopperka** gibt an, dass Gespräche stattfanden. Die Kooperation mit der Berufsschule wurde geschlossen, weil man sich dadurch einen breiteren Zugang für die Schüler erhofft. **Herr Stadtrat Kaßner** begrüßt die Einführung einer zusätzlichen Gemeinschaftsschule und betont die Bedeutung des längeren gemeinsamen Lernens für soziale Durchlässigkeit. Er äußert Bedenken, dass die Schüler nicht bis zum Abitur in einem Verband bleiben können, was ein langfristiges Problem darstellt. Er schlägt vor, dass Gropius Gymnasium gegebenenfalls zu einer Gemeinschaftsschule umzuwandeln, um die Bildungslandschaft in der Region zu stärken. **Frau Stadträtin Bebbler** weist darauf hin, dass die gymnasiale Phase in Klasse 10 beginnt. Schüler an der Gemeinschaftsschule würden wahrscheinlich den Realschulabschluss machen, da sie sonst am Gymnasium keinen Abschluss erhalten. Es ist wichtig, dass Schüler, die zur Klasse 10 wechseln, die Konsequenzen bedenken, da sie auf ihren Realschulabschluss verzichten. Sie betont, dass nicht jede Person Abitur ablegen muss, und dass es wichtig ist, auch Facharbeiter im Handwerk zu fördern. Ein Abitur ist wertvoll, aber nicht jeder hat die Kraft, danach ein Studium zu beginnen. Diese Überlegungen sind entscheidend für die Bildungsplanung.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:5:2:1

- 6.4 Neufassung der „Satzung zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau“**
Vorlage: BV/096/2025/IV-51

Herr Wittge, Abteilungsleiter Verwaltung / Finanzcontrolling im Jugendamt berichtet, dass die Jugendhilfe Maßnahmen zur Haushaltsentlastung ergriffen hat. Die Kostenbeitragssatzung wurde novelliert und die Beiträge erhöht, um eine Konsolidierung zu erreichen. Dies führt zu einer Entlastung des kommunalen

Haushalts: 354.489 € in 2026 und 723.940 € in 2027, jeweils in zwei Schritten um 15%.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig und ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:7:0:0

- 6.5 Rahmenkonzept zur Entwicklung von Qualität zur Förderung von Gesundheit in der Kindertagesbetreuung und in der Kindertagespflege**
Vorlage: BV/219/2025/IV-51

TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Kuras Amtsleiter für Schulentwicklung und Bildung führt anhand einer Power-Point-Präsentation in den TOP ein, diese wird als Anlage 3 beigefügt.

Herr Kuras informiert über die konstituierende Sitzung des Stadtteilernrats, die am 27. Oktober 2025 stattfand. Ein neuer Vorstand wurde gewählt: Vorsitzende ist Frau Doreen Fucke. Außerdem möchte er auf zwei Veranstaltungen der Musikschule am 6. November hinweisen. Es findet ein Workshop mit dem Junior Jazz Orchester und Musikern der Band Jazzrausch statt, gefolgt von einem Konzert um 20:00 Uhr, bei dem die Ergebnisse präsentiert werden. Herr Kuras ermutigt das Publikum, zahlreich zu erscheinen, und lädt auch zu einem weihnachtlichen Konzert der Musikschule am 6. Dezember im Anhaltischen Theater ein.

Frau Erxleben berichtet über den ersten nachgewiesenen Fall von Vogelgrippe in Dessau-Roßlau vor 14 Tagen, der durch das Friedrich-Löffler-Institut bestätigt wurde. Bisher blieb es bei diesem einen Fall. Es wurde versucht, die Tierhalter zu informieren und auf die aktuelle Situation aufmerksam zu machen. Dennoch wurde entschieden, vorerst keine allgemeine Verfügung oder Stallpflicht auszusprechen, da nur dieser eine Fall vorliegt und in den Nachbarlandkreisen die Zahlen ebenfalls überschaubar sind. Es besteht jedoch die Notwendigkeit zur Sensibilisierung, da

auch im Stadtgebiet Tierhalter und Betriebe vorhanden sind, die von der Vogelgrippe betroffen sein könnten. **Frau Sternickel, sachkundige Einwohnerin** fragt, warum es trotz der jahrelangen Diskussion über die Vogelgrippe noch keinen wirksamen Impfstoff gibt, obwohl die Entwicklung in diesem Bereich Fortschritte gemacht hat. Sie äußert Bedenken, dass Hühnerhalter und Tierhalter bei der Ausbreitung der Vogelgrippe gezwungen sein könnten, Tiere zu schlachten, was zu finanziellen Einbußen für sie führen würde, da sie die Tiere nicht verkaufen können. Sie fragt nach der Verantwortung der zuständigen Behörde und dem Veterinäramt in Bezug auf diese Problematik und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen auf die Tierhalter. **Frau Erxleben** erklärt, dass die Geflügelpest, auch Vogelgrippe genannt, über Wildtiere und Wildvögel verbreitet wird. Ähnlich wie bei der Grippeschutzimpfung kann sich das Virus jährlich anpassen, was bedeutet, dass Impfstoffe oft hinter den Entwicklungen herhinken. Es gibt Impfungen für Bestände, jedoch kann es vorkommen, dass in Jahren mit starkem Auftreten des Virus, wie aktuell bei den Kranichen, der Bestand nicht ausreichend geschützt ist. Dies stellt ein Problem dar. **Frau Stadträtin Marx** fragt nach, in welchem Fall eine Stallpflicht für Hühnerhalter in Dessau-Roßlau eingeführt werden würde, insbesondere im Vergleich zu Anhalt-Bitterfeld, wo bereits eine Stallpflicht verhängt wurde. Sie möchte ein grobes Beispiel dafür, wann in Dessau bei mehreren Fällen eine Stallpflicht in Betracht gezogen werden könnte, ohne eine konkrete Zahl wie "ab 3 Hühner" zu nennen. **Frau Erxleben** erklärt, dass eine Stallpflicht in Betracht gezogen werden muss, sobald ein bestätigter Fall in einem Haltebestand vorliegt. Derzeit gibt es jedoch nur einen nachgewiesenen Fall und einen Verdachtsfall bei Wildvögeln, aber keinen bestätigten Fall in einem Bestandsbetrieb.

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Sternickel, sachkundige Einwohnerin hat im Vorfeld eine Anfrage bezüglich des Neujahrsempfanges gestellt. Diese wurde bereits dem zuständigen Dezernat zur Beantwortung weitergeleitet.

Herr Stadtrat Kaßner moniert, dass die Stadträte diese Anfrage nicht kennen und bittet um Herreichung der Anfrage.

Die Ausschussvorsitzende Frau Perl sichert Herrn Kaßner die Weiterleitung der Anfrage zu.

Frau Stadträtin Neumann bittet um eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage zu den Schulen im Stadtgebiet Dessau-Roßlau. Sie verlangt eine Übersicht mit Erhebungstag 01.01.2026, die folgende Informationen enthalten soll:

1. Lehrerbelegung in Zahlen und Prozentsen.
2. Anzahl der krankheitsbedingten Fehlzeiten der Lehrer, davon wie viele über 6 Wochen.
3. Anzahl der Lehrer, die über Abordnung erhalten oder abgegeben wurden.
4. Anzahl der unbesetzten Stellen.
5. Anzahl der ausgeschriebenen Stellen für das pädagogische Personal mit Benennung der Fächer.
6. Erwarteter Lehrerabgang durch Rente oder Pension im Jahr 2026.

Diese Informationen sollen für jede einzelne Schule aufgeschlüsselt werden. Sie bittet um die Bereitstellung dieser Daten zum ersten Ausschuss im neuen Jahr.

Herr Kuras erklärt, dass Informationen zum nicht-pädagogischen Personal verfügbar sind, jedoch die anderen angeforderten Zahlen nicht vorliegen und nicht erhoben werden. Er müsste das Landesschulamt um eine Antwort bitten, kann jedoch nicht sagen, wie schnell dies geschehen wird oder ob der Stichtag 1. Januar bekannt ist. Er nimmt die Fragen zur Kenntnis und wird sie weitergeben, kann aber nicht garantieren, wann die Antworten bereitgestellt werden.

Frau Perl spricht die Problematik der Heizkosten an und verweist auf eine Anfrage, die sie im Stadtrat zur CO₂-Umlage und Verbrauchsinformationen gestellt hat. Sie hat einen Termin beim Verbraucherschutz vereinbart, um die Ursachen für hohe Heizkosten zu erörtern, die nicht nur bei den Nutzern liegen, sondern auch mit Leerständen und Anschlussleistungen zusammenhängen. Sie schlägt vor, die Verbraucherzentrale oder den Mieterbund in einen Ausschuss einzuladen, um deren Perspektive zu hören, da das Thema Wohnkosten und Heizkosten in der kommunalen Daseinsvorsorge wichtig ist.

7.2 Informationen zur aktuellen Situation am Ausbildungsmarkt

Frau Ziegler, operative Geschäftsführerin der Bundesagentur für Arbeit Dessau-Roßlau berichtet auf Einladung der Ausschussvorsitzenden über die aktuelle Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Es gibt eine saisonale Belegung, aber die Stadt Dessau-Roßlau bleibt hinter anderen Städten zurück. Der Bestand an Arbeitslosen ist hoch, insbesondere im Bereich der Agentur für Arbeit, während im Jobcenter eine leichte Rücknahme von -1,4% zu verzeichnen ist. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind rückläufig, mit 32.833 Beschäftigten im Oktober, was ebenfalls -1,4% entspricht. Aktuell gibt es 760 gemeldete Stellen, was 19,5% weniger als im Vorjahr ist. Viele Unternehmen sind bei Neueinstellungen zurückhaltend. Im Ausbildungsmarkt gibt es 353 Bewerber, was einen Anstieg von 22,1% im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Es wurden 535 Ausbildungsstellen gemeldet, und nur 19 Bewerber blieben unversorgt. Von den

1.136 Unternehmen in Dessau haben 480 eine Ausbildungsberechtigung. Bei den Bewerbern sind 290 deutsch, 53 ausländisch und 36 haben Fluchthintergrund.

Die dazugehörige PPP wird als Anlage 4 beigelegt.

Herr Zaizek, sachkundiger Einwohner fragt nach Unterschieden bei der Zurückhaltung neuer Beschäftigungsverhältnisse zwischen Handwerk, Industrie und Dienstleistungen. Außerdem äußert er seine subjektive Wahrnehmung, dass viele Stellen unbesetzt sind und Dienstleistungen nicht erbracht werden, während gleichzeitig von einem schwächeren Arbeitsmarkt berichtet wird. Er möchte wissen, wie diese Wahrnehmung mit der aktuellen Situation in Einklang gebracht werden kann. **Frau Ziegler** stellt fest, dass die Zurückhaltung bei Neueinstellungen alle Branchen betrifft, insbesondere im Handwerk, während im Gesundheits- und Sozialwesen weiterhin hohe Bedarfe bestehen. Die Besetzung von Stellen dauert länger, da viele Arbeitslose nicht zu den angebotenen Stellen passen. Der Großteil der gemeldeten Stellen sind Fachkräfte, während ein höherer Anteil der Arbeitslosen im Helferbereich zu finden ist. Um diese Lücke zu schließen, arbeitet die Agentur für Arbeit daran, durch Qualifizierungsmaßnahmen und Teilqualifizierungen die Ausbildungsreife zu fördern. Zusätzlich wird versucht, bestehendes Personal in Unternehmen weiterzuentwickeln und gegebenenfalls Arbeitslose einzustellen, um die entstehenden Lücken zu schließen. **Frau Perl** erfragt die Ausbildungsfähigkeit junger Auszubildender, insbesondere angesichts der Berichte über die zunehmenden Klagen von Unternehmen über mangelnde Ausbildungsfähigkeit und der nahezu 30% Ausbildungsabbrüche in Sachsen-Anhalt. Sie äußert Bedenken über die Herausforderungen im Umgang mit zunehmend schwieriger werdenden Jugendlichen und möchte mehr darüber erfahren. **Frau Ziegler** berichtet, dass die Ausbildungsfähigkeit junger Auszubildender in den letzten Jahren schwieriger geworden ist, da viele Jugendliche verschiedene Defizite aufweisen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, bietet die Agentur verschiedene Maßnahmen an. Ein erster Schritt ist, potenziellen Auszubildenden durch Praktika die Möglichkeit zu geben, sich zu zeigen. Wenn die Ausbildungseignung noch nicht gegeben ist, wird eine Einstiegsqualifizierung angeboten, die mehrere Monate dauern kann, um die Jugendlichen an eine Ausbildung heranzuführen. Zusätzlich gibt es das Instrument ASA Flex, das Unterstützung bietet, wenn bereits eine Ausbildung begonnen wurde und es Schwächen in Bereichen wie Rechnen, Lesen oder Sozialkompetenz gibt. Die Agentur arbeitet eng mit Bildungsträgern zusammen, um gezielte Unterstützung zu leisten, und diese Angebote werden zunehmend nachgefragt.

Frau Perl bedankt sich bei Frau Ziegler für die Ausführungen sowie ihrer Teilnahme an der Sitzung.

Frau Ausschussvorsitzende Perl schließt die Sitzung um 19.17 Uhr und verabschiedet die Ausschussmitglieder und Gäste.

Dessau-Roßlau, 08.01.26

Gabriele Perl
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit, Bildung und
Soziales

Schriftführer